

## Ohne Pflegereform droht Kollaps

Diakonie Hessen warnt vor Pflegenotstand – Lob für engagierte Mitarbeiter – »Das Geld ist vorhanden«

Gießen (cg). Hilferufe »nach außen« an die Politik, Lob und Wertschätzung »nach innen« an Pflegekräfte und die ehrenamtlichen Helfer standen im Mittelpunkt eines Pressegesprächs, zu dem der Propst für Oberhessen, Pfarrer Matthias Schmidt, gestern eingeladen hatte. Vor einem bevorstehenden Pflegenotstand inklusive Kollaps der gesamten Versorgung alter Menschen warnte Pfarrer Dr.

Alarmierende Beispiele aus der Praxis nannte Pfarrer Günter Schäfer, der Vorstandsvorsitzende der Diakoniestation Biebertal. Während es in den 90er Jahren in Biebertal noch etwa 50 pflegebedürftige alte Menschen gegeben habe, die ambulant versorgt worden seien, seien dies heute rund 160. Die meisten Sozialstationen arbeiteten schon heute defizitär. Beim Pflegepersonal stehe in den kommenden Jahren ein Generationenwechsel bevor – viele Pflegenden hätten zwar die Altersgrenze noch nicht erreicht, seien aber körperlich nicht mehr in der Lage, die schwere Arbeit zu verrichten. Ab 2018 rechne er mit einem »eklatanten Fehlen von Pflegepersonal«. Schäfer: »Der demographische Wandel hat uns mit brachialer Gewalt erreicht.« Schon heute sähe es düster aus, wenn die Diakoniestation Biebertal nicht so engagierte und tatkräftige Mitarbeiter hätte. Die Pflegekräfte, das hatte zuvor Pfarrer Gern betont, seien »wahre Engel«. Sie leisteten harte und wichtige Arbeit, ohne dafür angemessene Bezahlung und gesellschaftliche Wertschätzung zu bekommen.

Ein Lichtblick sei es, dass 75 Prozent der Pflegebedürftigen heute zu Hause gepflegt werden. Hessen sei mit 24,8 Prozent das Bundesland mit der niedrigsten Heimquote. Der Preis für diese erfreuliche Zahl sei aller-

dings für Angehörige und Pflegedienste enorm hoch.

### Hoffen auf »Wurf aus Berlin«

Die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen prägten die Arbeitsbereiche der Diakonie entscheidend, schilderte Gern. Etwa 20 000 Beschäftigte der Diakonie in Hessen arbeiten in 155 diakonischen Pflegediensten und 154 vollstationären Einrichtungen. Darüber hinaus unterhält die Diakonie vier stationäre Hospize und eine Fülle von Hospiz-, Demenz-, und Altenpflegeinitiativen. Ein ungelöstes Problem sei die Finanzierung der Gehälter. Die Diakonie habe den Anspruch, qualifizierte und engagierte Mitarbeiter angemessen zu bezahlen. Da es jedoch seit Jahren eine unzureichende Refinanzierung durch die Pflegeversicherung gebe, überstiegen die Ausgaben die Einnahmen deutlich. Dennoch zahle die Diakonie deutlich mehr als die privaten Anbieter. Bisher habe man die vielfältigen Dienste aufrecht erhalten können, da es immer wieder kirchliche oder auch kommunale Zuwendungen gebe. Dies sei jedoch keine Lösung.

Lösungen oder zumindest erste Schritte erwartet man von der zukünftigen Bundesre-

Wolfgang Gern (Frankfurt), der Vorsitzende der Diakonie Hessen. »Wir brauchen eine solidarische Pflegereform, die solidarisch finanziert wird.« Dass die Kirche so eindeutig Stellung beziehe und klare Forderungen an die Politik erhebe, habe einen einfachen Grund, ergänzte Holger Claes, der Vorsitzende der Diakonie Gießen: »Wir sind parteilich – parteilich für die Schwachen.«

gierung. Gern: »Wir erwarten einen echten Wurf aus Berlin.«

Notwendig sei eine große Pflegereform mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff (weg von der pauschalen Minutenpflege hin zu einer Pflege, die sich an individuellen Bedürfnissen orientiert). Dieser werde seit sieben Jahren diskutiert und von allen Fachleuten gefordert, realisiert worden seien die neue Definition und ihre Folgen bislang nicht. Diese Reform würde etwa vier Milliarden Euro verschlingen, weitere zehn Milliarden Euro würde eine Pflegevollversicherung kosten. Pfarrer Gern: »Was uns etwas wert ist, das hat auch seinen Preis. Das verschweigen zu wollen, wäre unredlich.«

Das Geld, so die Vertreter der Diakonie, wäre durchaus vorhanden, man müsse es nur anders verteilen. Eine gute Idee wäre in ihren Augen die Zusammenlegung von Kranken- und Pflegeversicherung. Dies würde insbesondere der ambulanten Pflege helfen, denn etwa 50 Prozent der Pflegedienstleistungen seien der häuslichen Pflege zuzuordnen. Bei 28,3 Milliarden Rücklagen der Gesetzlichen Krankenversicherung und bei Gesundheitsfonds gäbe es genug Spielraum, um Zahlungsblockaden gegenüber kranken Menschen und gegenüber den Pflegediensten zu beenden.